



Bundesminister für EU,
Kunst, Kultur und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BKA-353.120/0145-IV/10/2018

Wien, am 20. Februar 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Bernhard, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. Dezember 2018 unter der Nr. **2494/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Eurofighter-Typenentscheidung und industrielle Kooperation“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

1. *Welche Punkte erarbeitet die "Arbeitsgruppe zur industriellen Kooperation"?*
 - a) *Wann wurde diese Arbeitsgruppe eingesetzt?*
 - b) *Wer gehört ihr an und auf welcher Grundlage bzw. nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder der Arbeitsgruppe ausgewählt?*
 - c) *Was ist die Rolle von Stefan Pierer in dieser Arbeitsgruppe?*
 - d) *Wie wird versichert, dass die Interessen Österreichs in Bezug auf industrielle Kooperationen gewahrt werden, wenn einflussreiche österreichische Unternehmer dieser Arbeitsgruppe angehören, die eigene wirtschaftliche Interessen haben?*
 - e) *Hat die Arbeitsgruppe Zugriff auf klassifizierte Informationen? Wenn ja, bis zu welcher Stufe? Wenn ja, sind die Mitglieder der Arbeitsgruppe sicherheitsbelehrt?*

- f) *Gehören Vertreter des Verteidigungsministeriums dieser Arbeitsgruppe an? Wenn ja, wer? Wenn nein, wieso nicht? Bitte um Aufschlüsselung nach Personen, Ressortzugehörigkeit und Tätigkeit.*
2. *Welche Rolle spielt in Zusammenhang mit der Entscheidung die Industriellenvereinigung?*
- a) *Mit welchen anderen Interessensgruppen steht man bezüglich der Entscheidung zur Luftraumüberwachung sonst in Kontakt? Bitte um Aufzählung und Begründung für ihre Involvierung.*
- b) *Haben Treffen mit anderen Interessensgruppen stattgefunden? Wenn ja, wie oft und was wurde besprochen? Wurden diese Treffen dokumentiert? Wenn ja, von wem? Wenn nein, warum nicht?*
- c) *Sind Lobbyisten an Sie herangetreten? Wenn ja, welche? Wurden diese Treffen dokumentiert? Wenn ja, von wem? Wenn nein, warum nicht?*
- d) *Sind Vertreter von Anbieterfirmen an Sie herangetreten? Wenn ja, welche Treffen gab es bereits? Was wurde in diesen Treffen besprochen? Wurden diese Treffen dokumentiert? Wenn ja, von wem? Wenn nein, warum nicht?*
- e) *Gibt es bereits konkrete Angebote von Anbieterfirmen? Wenn ja, welche und seit wann? Wenn ja, wer hat Zugang zu diesen Angeboten?*
3. *Welche Regierungsmitglieder waren in die Entscheidung eingebunden, den Bericht der von Bundesminister Kunasek eingesetzten Kommission nicht zu veröffentlichen?*
- a) *War die Entscheidung, den Bericht nicht zu veröffentlichen, eine einstimmige Entscheidung? Wenn nein, wer sprach sich für eine Veröffentlichung aus und wer traf die Letztentscheidung, den Bericht dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzuenthalten?*
- b) *Wieso hindert man das Parlament daran, die zukünftige Luftraumüberwachung rechtzeitig zu diskutieren?*
- c) *Wann wird dem Parlament der Bericht vorgelegt?*
4. *Wieso kam man erst im Dezember 2018 zur Erkenntnis, dass man vor einer Entscheidung den Untersuchungsausschuss und die Strafverfahren abwarten will?*
- a) *Welche Faktoren waren diesbezüglich ausschlaggebend, dass der Plan, die Entscheidung bis zum Jahresende zu treffen, doch noch verschoben wurde?*
- b) *Inwiefern sind die Ausgänge der laufenden Verfahren sowie das Ergebnis des U-Ausschusses für die anstehende Typenentscheidung relevant für eine Entscheidung?*
5. *Werden auch Optionen erarbeitet, wer die finale Entscheidung treffen kann?*
- a) *Wenn ja, welche Optionen sind das?*
- b) *Wie stellt die Regierung eine transparente und für die Öffentlichkeit nachvollziehbare Entscheidung sicher?*
- c) *Welche Maßnahmen setzt die Regierung, damit die Entscheidungsträger ihre Entscheidung unbeeinflusst treffen können?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen keinen Gegenstand meiner Vollziehungszuständigkeit betreffen, wie sie sich aus der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Artikel 77 Absatz 3 B-VG vom 8. Jänner 2018, BGBl. II Nr. 3/2018, ergibt. Sie können daher nicht beantwortet werden.

Mag. Gernot Blümel, MBA

